Nr. 41 * Sommer 2017 * www.linksfraktion.de
Zeitung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

# Klar

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

## »Selbst aktiv werden«

Carlito und Mal Élevé, die Sänger der Band Irie Révoltés, über ihre Abschiedstour, den Kampf gegen Rassismus in Deutschland und Frankreich und ihren emotionalsten Auftritt. **Mehr auf Seite 10**

Zukunft, für die wir kämpfen

# »Für soziale Gerechtigkeit und Frieden«

Exklusiv-Interview

Kampf gegen Kinderarmut, für ein gerechtes Steuersystem und faire Beiträge zur Krankenversicherung: Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht, erläutern ihre Pläne für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland.

**Seiten 6 und 7**

Hannes Strobel setzt sich in der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg gegen steigende Mieten und Verdrängung durch Sanierungsarbeiten der Deutsche Wohnen AG ein.

Fabian Sutter

# Keine Rendite mit der Miete

**In deutschen Großstädten jagen Immobilienkonzerne nach immer höheren Profiten.** Der Aktienwert des Branchenführers in Berlin, Deutsche Wohnen AG, hat sich in den vergangenen acht Jahren mehr als verzehnfacht. Die Aktionäre kassierten im vergangenen Jahr Dividenden von rund 250 Millionen Euro. Darunter leiden Mieterinnen und Mieter. Jetzt organisieren sie Widerstand. **Auf Seite 8**

# Weniger Beitrag, mehr Leistung

**Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein.** Das Konzept ist einfach: Alle Menschen zahlen ein, und die Höhe des Beitrags richtet sich nach der Höhe des Einkommens. Wer viel Einkommen hat, zahlt hohe Beiträge; wer wenig hat, zahlt weniger. Musterrechnungen zeigen: Wer bis zu 6.250 Euro Einkommen im Monat hat, profitiert dank niedriger Beiträge und besserer Leistung. Finden Sie heraus, wie viel Beitrag Sie zahlen müssen!

**Mehr auf Seite 5**

# Für gute Renten

André Ickert

Rentnerin Heike Domhardt aus Thüringen

**Bereits heute sind 2,7 Millionen ältere Menschen von Armut und Ausgrenzung bedroht.** Heike Domhardt aus Thüringen ist eine von ihnen: Ihre Altersrente von 935 Euro brutto liegt unterhalb der Armutsgrenze. Rentenexperte Matthias W. Birkwald (DIE LINKE) fordert: »Das muss sich ändern.« Am Beispiel Österreichs verdeutlicht er, was hierzulande besser werden muss. »Die Rente muss für ein gutes Leben reichen«, sagt er, »auch in Deutschland.«

**Mehr auf Seite 4**

# Kommando Aufrüstung

**CDU/CSU und SPD wollen den Militäretat stark erhöhen – es geht um bis zu 70 Milliarden Euro. Die Fraktion DIE LINKE fordert, das Geld stattdessen in Sozialwohnungen, Schulen und Kitas zu investieren.** Erstmals seit dem Ende des Kalten Kriegs wird die Truppenstärke erhöht. Auch neues Kriegsgerät soll die Bundeswehr erhalten. Heike Hänsel, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, lehnt diese Pläne ab. »Wir brauchen nicht noch mehr Krieg und Aufrüstung, sondern Abrüstung und Frieden«, sagt sie und zählt auf, was stattdessen mit bis zu 70 Milliarden jährlich finanziert werden kann: Wohnungen, Schulen, Kitas und vieles mehr.

Kampfpanzer vom Typ Leopard

**Mehr auf Seite 2**

## Kommentar

### Für Abrüstung und Frieden

*Von Heike Hänsel*

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat bekräftigt, dass sie an dem 2-Prozent-Ziel der NATO für Militärausgaben festhält. Umgerechnet bedeutet das bis zu 70 Milliarden an Steuergeldern für Aufrüstung.

Während in Deutschland in Schulen der Putz von der Decke bröckelt und Schwimmbäder, Turnhallen, Krankenhäuser geschlossen werden müssen. Während anscheinend kein Geld für mehr Wohnungen, mehr Pflegepersonal, mehr Kitaplätze da ist, beschließt die Regierung den größten Rüstungshaushalt seit Ende des Zweiten Weltkriegs.

Gleichzeitig beteiligt sich die Bundeswehr an immer mehr Kriegseinsätzen. Diese Einsätze machen die Welt nicht sicherer, sondern unsicher: Millionen Menschen müssen fliehen vor Krieg, Terror und Armut. Auch die Terrorgefahr in Deutschland steigt durch diese falsche Politik.

Wir brauchen nicht noch mehr Krieg und Aufrüstung, sondern Abrüstung und Frieden! Mit bis zu 70 Milliarden jährlich könnten wir viele neue Wohnungen bauen, gut ausgestattete Schulen und kostenlose Kitaplätze. Wir könnten Straßen und Brücken erneuern und genügend Pflegekräfte in Altenheimen und Krankenhäusern finanzieren. Und wir könnten Armut und Hunger in den Ländern des Südens bekämpfen, damit weniger Menschen ihre Heimat verlassen und fliehen müssen. Und wir könnten das Klima retten!

Eine friedliche Politik ist eine Politik der Vernunft. Dafür steht DIE LINKE!

*Heike Hänsel ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE*

## Editorial

### Für Demokratie und soziale Gerechtigkeit

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

wer sich in Zeiten von Trump, Le Pen und der AfD gegen ein Mitte-links-Bündnis ausspricht, hat die Brisanz der Lage in Deutschland und Europa verkannt. Das ist unklug. Und gefährlich. Die Quittung dafür bekam die SPD prompt.

Wenn wir verhindern wollen, dass Kräfte wie der Front National oder die AfD irgendwann in die Regierung kommen, müssen wir jetzt das Ruder rumreißen. Und auf soziale Demokratie und Gerechtigkeit setzen!

**Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass in Deutschland zwei Millionen Kinder in Armut aufwachsen.** Dass Rentnerinnen und Rentner gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt mit Minijobs aufzubessern. Dass öffentliches Eigentum, etwa die Autobahnen, an private Investoren verscherbelt werden.

**Mehr soziale Gerechtigkeit setzt gerechtere Steuern voraus.** Damit wir genügend Mittel haben, um den Sozialstaat wieder auf ein festes Fundament zu stellen. Dabei geht es um die Lebensqualität der Menschen und die Sicherheit, ein Leben in Würde führen zu können.

Dafür sind wir bereit, uns mit den Reichen, den Mächtigen und der herrschenden Politik anzulegen. Deshalb ist die Fraktion DIE LINKE die treibende Kraft: Für eine Demokratie von unten gegen die Arroganz der politischen und wirtschaftlich Mächtigen.

**Wer eine grundlegend andere Politik will, muss die Fraktion DIE LINKE stärken.**

*Jan Korte ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE*

# Kommando Aufrüstung

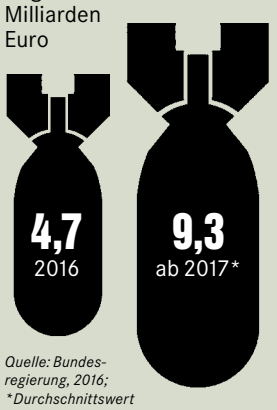
CDU/CSU und SPD wollen den Militäretat erhöhen – es geht um bis zu 70 Milliarden Euro pro Jahr.

**Aktuell ist die Bundeswehr mit rund 3 200 Soldatinnen und Soldaten an 14 mandatierten Auslandseinsätzen beteiligt.** Bewaffnete deutsche Streitkräfte mischen in Kriegsgebieten rund um den Globus mit: in Syrien, im Irak, in Afghanistan, in Mali und in neun weiteren Staaten. Das hat seinen Preis: Mehr als 36 Milliarden Euro gibt die Bundesregierung in diesem Jahr für die Truppe aus – weit mehr als für Bildung, Forschung und Gesundheit. Nach dem Willen von CDU/CSU und SPD soll die Bundeswehr zukünftig aber noch viel mehr Steuergeld erhalten.

### Noch mehr Geld

Seit Ende der 1990er Jahres wächst der deutsche Verteidigungshaushalt. Nun fordern die USA, dass alle Mitgliedstaaten des Militärpakts NATO (unter anderem Türkei und Deutschland), den Militärhaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dafür müsste die Bundesrepublik pro Jahr fast das Doppelte für die Truppe ausgeben. Im Jahr 2024 wäre der Militäretat voraussichtlich rund 70 Milliarden Euro schwer.

**Ausgaben für Waffenkäufe der Bundeswehr**
Angaben in Milliarden Euro




*Quelle: Bundesregierung, 2016; *Durchschnittswert für die Jahre 2017 bis 2030*

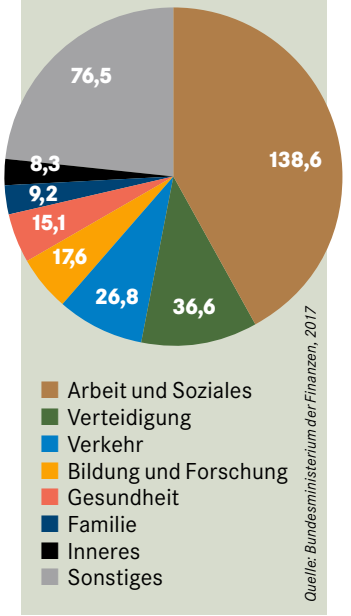
### Noch mehr Soldaten

Die Bundeswehr soll zusätzliches Personal erhalten. Erstmals seit dem Ende des Kalten Kriegs wird die Truppenstärke der deutschen Streikkräfte erhöht – von aktuell rund 177 000 Soldatinnen und Soldaten auf knapp 200 000 im Jahr 2024. Die Rekrutierung des Nachwuchses in Uniform lässt sich die Bundeswehr einiges kosten: Im vergangenen Jahr gab sie mehr als 35 Millionen Euro für Werbung aus – für Videos, Anzeigen in Zeitungen und in sozialen Netzwerken, Großflächenplakate. Besonders makaber: Offensiv umwirbt sie auch minderjährige Schülerinnen und Schüler.

### Noch mehr Waffen

Die Ausgaben für Rüstung sollen sich in den nächsten zwölf Jahren drastisch erhöhen. Im Durchschnitt werden die Streitkräfte doppelt so viel Geld für neue Waffenkäufe bekommen wie im Moment: mehr als 9 Milliarden Euro jährlich. Die Bundeswehr soll unter anderem eigene Kampfdrohen, neue Schützenpanzer und Transportflugzeuge erhalten. Auch eine Cybertruppe wird sie bekommen. »Agenda Rüstung« heißt der Plan. Er umfasst 1600 Einzelmaßnahmen im Wert von insgesamt 130 Milliarden Euro.

**Ausgaben des Bundes im Jahr 2017**
Angaben in Milliarden Euro




### Noch mehr Waffenexporte

Nur die USA und Russland haben in den vergangenen Jahren mehr Waffen in alle Welt verkauft als Deutschland. Im Jahr 2016 betrugen die Rüstungsexporte deutscher Konzerne (unter anderem thyssenkrupp, Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall) fast 7 Milliarden Euro – das ist der zweithöchste Wert in der Geschichte des Landes. Mit Genehmigung der Bundesregierung erhält die Golfmonarchie Katar deutsche Panzerhaubitzen, dürfen Diktatoren in Saudi-Arabien Kampfjets aus hiesiger Fabrikation kaufen, werden hierzulande U-Boote für den Despoten in Ägypten gebaut.

*Thomas Kachel / Ruben Lehnert*

# »Mein Wunsch: ein Job, von dem ich leben kann«

Seit Jahren sucht Postzusteller Uwe Ullrich (51) aus Wiesbaden eine Arbeit – bislang vergeblich. Wie Millionen Menschen in Deutschland muss er von Hartz IV leben. 409 Euro erhält er im Monat vom Jobcenter.

**Uwe Ullrich (51) aus Wiesbaden hat einen Wunsch: Er möchte endlich wieder arbeiten und als Postzusteller seinen Lebensunterhalt verdienen.** Acht Jahre lang war er in Teilzeit als Post- und Zeitschriftenzusteller tätig, gewissenhaft und zuverlässig. Seit drei Jahren ist er arbeitslos. Seitdem hat er viele Bewerbungen geschrieben – und genauso viele Absagen erhalten.

Hans-Gerd Öfinger

Uwe Ullrich hat bereits als Gebäudereiniger, Gartenhelfer und Postzusteller gearbeitet. Zurzeit ist er auf der Suche nach Arbeit.

**So bleibt Uwe Ullrich gefangen im System von Hartz IV.** Vom Jobcenter erhält er pro Monat den Regelsatz in Höhe von 409 Euro. Das Geld muss reichen für Ernährung, Kleidung und Hausrat. »Ein menschenwürdiges Leben ist so nur schwer möglich«, sagt er. Eine Bahnfahrt zu Verwandten, ein neues Fahrrad oder der Eintritt fürs Schwimmbad bedeuten für ihn Luxus.

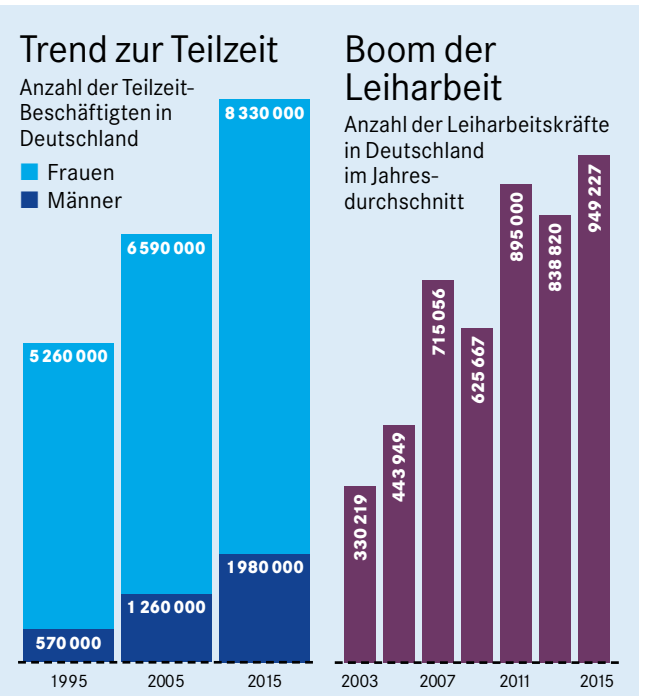
**Uwe Ullrich ist kein Einzelfall.** Wer die Arbeit verliert, landet spätestens nach 24 Monaten in Hartz IV, die meisten deutlich früher. Aktuell leben hierzulande rund 6 Millionen Menschen von Hartz IV, darunter etwa 1,6 Millionen Kinder und Jugendliche. Zwar weist die amtliche Statistik im April 2017 lediglich knapp 2,6 Millionen Arbeitslose aus. Doch bei der Statistik wird getrickst: Da unter anderem Erwerbslose mit Ein-Euro-Jobs und in Weiterbildungsmaßnahmen nicht als arbeitslos geführt werden, ist die tatsächliche Arbeitslosigkeit deutlich höher und liegt bei rund 3,6 Millionen.

**Die Hartz-Gesetze, beschlossen von SPD und Grünen gemeinsam mit CDU/CSU und FDP, haben die Arbeitswelt in Deutschland radikal verändert.** Seitdem boomt in Deutschland der Niedriglohnsektor: Millionen Menschen leiden unter Leiharbeit, Werkverträgen, Minijobs, befristeten Arbeitsverträgen und erzwungener Teilzeit (siehe Grafiken).

**Von Hartz IV werden Erwerbslose und Erwerbstätige gleichermaßen unter Druck gesetzt.** Erwerbslose werden dazu gedrängt, fast jeden Job anzunehmen. Wer nicht spurt, wird bestraft. Allein im Jahr 2016 verhängten die Jobcenter rund 940 000 Sanktionen. Als Strafe für zumeist kleinere Meldeversäumnisse wurden den Erwerbslosen Teile des Regelsatzes gekürzt. Seit dem Jahr 2007 wurden Hartz-IV-Beziehenden insgesamt 1,7 Milliarden Euro vorenthalten. Zugleich diszipliniert die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, Millionen abhängig Beschäftigte. Viele Unternehmen nutzen das aus: Sie erpressen von den Belegschaften Zugeständnisse bei Löhnen und Arbeitsbedingungen.

**Uwe Ullrich, der früher auch als Gebäudereiniger und Gartenhelfer gearbeitet hat, gibt nicht auf.** Weiterhin wird er Bewerbungen schreiben, um sich seinen Wunsch nach einem Arbeitsplatz zu erfüllen. Über seine Ansprüche an ein gutes Leben sagt er: »Ein voller Kühlschrank, ab und zu neue Kleidung, etwas Geld für Bücher und Filme – und eine Arbeit, von der ich menschenwürdig leben kann!«

*Hans-Gerd Öfinger*




Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; Statista, 2017

# »Damit alle Menschen teilhaben können«

Von der sanktionsfreien Mindestsicherung profitieren Erwerbslose und Erwerbstätige, erläutert Katja Kipping.

***Weshalb lehnt DIE LINKE Hartz IV ab?***

Katja Kipping: Hartz IV bedeutet, dass Menschen schikaniert werden können und in Armut leben müssen. Die darauf Angewiesenen werden aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Sie haben zu wenig, um wie alle anderen am sozialen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen zu können. Erwerbstätige müssen mit der Angst leben: Wenn du nicht spurst, fliegst du raus und landest bei Hartz IV. Hartz IV bedeutet also Armut, Ausgrenzung und Repression.

**Zukunft, für die wir kämpfen**

**Gute Arbeit und soziale Garantien**

❶ Den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen ❷ Sichere, gute bezahlte Arbeitsplätze ersetzen Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen ❸ Tarifbindung ausbauen, Tarifflucht stoppen ❹ Das Arbeitslosengeld I länger ausgezahlt ❺ Durch die 30-Stunden-Woche mehr Zeit für Familie und Leben ermöglichen

***Welche Alternative schlagen Sie vor?***

DIE LINKE schlägt vor: Gute Arbeit, eine Arbeitslosenversicherung, die länger gezahlt wird, und eine sanktionsfreie, bedarfsgerechte Mindestsicherung in Höhe von derzeit 1.050 Euro netto, die auch anständige Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge beinhaltet. Diskutiert wird – wenn auch kontrovers – zudem über ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

***Welche Vorteile hat das für Erwerbslose?***

Die Mindestsicherung schützt vor Armut, Repression und Ausgrenzung und nimmt den Druck von Erwerbstätigen. Es geht darum, dass alle Menschen aufrechten Ganges an dieser Gesellschaft teilhaben können.

***Wie wollen Sie eine solche Mindestsicherung finanzieren?***

Eine Mindestsicherung wird wie andere öffentliche Ausgaben aus Steuermitteln gezahlt. Die Kosten dafür sind geringer, als man denkt, weil unser Zukunftsinvestitionsprogramm durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze vor Erwerbslosigkeit und unser Einkommensteuerkonzept und der Mindestlohn von 12 Euro vor niedrigen Einkommen schützen. Durch die stärkere Besteuerung von Millionenerbschaften und Konzerngewinnen werden wir mehr einnehmen.

*Katja Kipping ist sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

Anke Illing

# Altersarmut nimmt zu

Fast die Hälfte aller Berufstätigen befürchten, dass die Rente im Alter nicht zum Leben reichen wird. Bereits heute sind 2,7 Millionen ältere Menschen von Armut und Ausgrenzung bedroht.

**Heike Domhardt ist in Thüringen zu Hause. Seit gut zwei Jahren bezieht die einstige Handelskauffrau ihre Altersrente: monatlich 935 Euro brutto.** Damit liegt sie unter der Armutsgrenze der Europäischen Union: Wer unter 1.033 Euro im Monat zur Verfügung hat, ist arm. Real kann Heike Domhardt sogar nur über 837 Euro verfügen. So viel bleibt ihr nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherung. Dann gehen noch Miete, GEZ, Telefon, Strom und Zuzahlungen für Rezepte vom Konto ab. Heike Domhardt muss Tag für Tag jeden Cent dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgibt.

**Die Thüringerin spricht nicht gern über ihre schmale Rente.** Dabei ist sie nur eine von mittlerweile 2,7 Millionen Menschen über 65 in Deutschland, die in Armut leben oder von ihr bedroht sind. Das geht aus Daten des Europäischen Amts für Statistik hervor. Im Jahr 2015 war damit jeder Sechste der über 65-Jährigen von Altersarmut betroffen. Zwei Drittel davon Frauen.

**Um überhaupt über die Runden zu kommen, arbeiten nach Zahlen des Bundesarbeitsministeriums fast 1 Million Rentnerinnen und Rentner in einem Minijob.** Das ist ein Drittel mehr als im Jahr 2005. Bei den über 75-Jährigen hat sich die Zahl der Hinzuverdienenden in den vergangenen zehn Jahren sogar verdoppelt. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Beschäftigte, die im Jahr 1980 45 Beitragsjahre bei Durchschnittsverdienst vorweisen konnten, erhielten noch 57 Prozent des Durchschnittverdiensts als Rente. Zurzeit sind es fast 10 Prozentpunkte weniger, also nur noch 48,2 Prozent. Und im Jahr 2030 werden es voraussichtlich nur noch 44,5 Prozent sein.

Heike Domhardt sagt, »sie verhungere nicht«. Das sei aber auch schon alles. Ihre Rente reiche »fürs Nötigste«. Kein Urlaub mehr, Kino und Theater zu teuer, einfach mal ins Café gehen oder eine Einladung zum Geburtstag – das alles »fällt aus, weil das Geld für diese Dinge des Lebens nicht reicht«. Sie fühlt sich ausgeschlossen, obwohl sie doch nichts falsch gemacht hat. Sie habe gearbeitet und in die gesetzliche Rentenkasse eingezahlt: für ein versprochenes würdevolles Leben im Alter. Das Versprechen wurde gebrochen.

*Gisela Zimmer*

André Ickert

Rentnerin Heike Domhardt aus Thüringen muss jeden Cent dreimal umdrehen.

picture-alliance/dpa

Von Altersarmut sind besonders Frauen betroffen.

## Zukunft, für die wir kämpfen

### Armutsfeste und lebensstandardsichernde Renten schaffen

❶ Das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben (122 Euro netto zusätzlich für Durchschnittsverdienende nach 45 Jahren Arbeit) ❷ Einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen. ❸ Niedriglöhne für Rente aufwerten (bis zu 270 Euro mehr Rente für die Verkäuferin) ❹ Rentenwert Ost und West sofort angleichen und die Umrechnung später abschaffen ❺ Die abschlagsfreie Rente mit 65 einführen

# Renten rauf!

Damit die Rente für ein gutes Leben reicht, muss Deutschland von Österreich lernen, fordert Matthias W. Birkwald.

**Österreich ist ein Rentnerparadies.** Die Altersarmut geht zurück. Männliche Arbeiter und Angestellte erhalten pro Monat durchschnittlich 1.085 Euro mehr an gesetzlicher Rente als in Deutschland, Rentnerinnen etwa 358 Euro. Komplizierte Betriebsrenten und teure private Vorsorge brauchen die Österreicherinnen und Österreicher nicht. Und Österreich hat mit der sogenannten Ausgleichszulage eine Mindestrente, die ihren Namen verdient: Ein Single mit auch nur einem Cent Rentenanspruch erhält im Alter mindestens 1.038 Euro Rente, nach 30 Beitragsjahren sind es sogar 1.167 Euro.

**Erstens sind den Österreichern ihre Rentnerinnen und Rentner mehr wert.** Dort fließen 14,4 Prozent des Volkseinkommens in die Rente. In Deutschland hingegen halten CDU/CSU und SPD die Älteren knapp. Hier erhalten sie nur 10,5 Prozent vom viel größeren Kuchen.

**Zweitens ist die Finanzierung gerecht verteilt.** Die Beschäftigten zahlen für die wesentlich höheren Renten in Österreich nur 0,9 Prozentpunkte mehr Beitrag in die Rentenkasse als hierzulande. Das sind bei einem Gehalt von 3.000 Euro gerade einmal 27 Euro pro Monat mehr. Und die Arbeitgeber zahlen sogar 2,3 Prozentpunkte mehr in die Rentenkasse ein als ihre Beschäftigten. Daran sollten sich die deutschen Chefinnen und Chefs ein Beispiel nehmen!

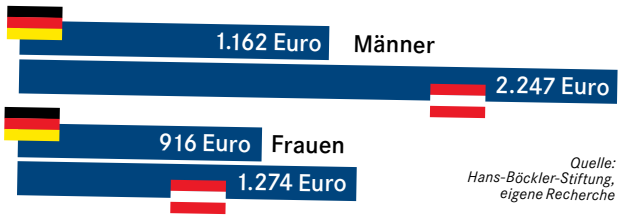
**Drittens zahlen in Österreich alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung ein.** Auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte, Abgeordnete und Minister.

**Statt Altersarmut: Renten rauf! Österreich zeigt: Es geht! Die Rente muss für ein gutes Leben reichen. Auch in Deutschland.**

*Matthias W. Birkwald ist rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE*

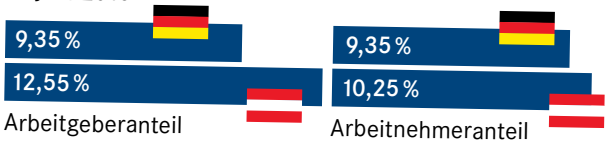
## Österreich macht es vor

**Durchschnittliche monatliche Altersrente**
im Jahr 2015 für Neurentnerinnen und Neurentner (inklusive Witwenrente) nach langjähriger Beschäftigung

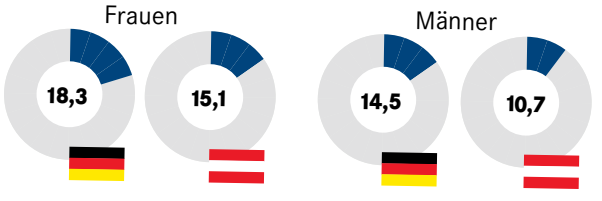



Quelle: Hans-Böckler-Stiftung, eigene Recherche

**Ausgaben für Altersvorsorge**
im Jahr 2015




**Quote der von Armut bedrohten Menschen**
Angaben in Prozent



# »Mehr von uns ist besser für alle«

ver.di Bezirk Region Saar Trier

Aufstehen für die Pflege: Beschäftigte protestieren vor dem Krankenhaus im saarländischen Püttlingen.

Im Saarland fordern Pflegekräfte mehr Personal für die Krankenhäuser.

**Tim Umhofer (23) aus St. Wendel liebt seinen Beruf. Seit einigen Jahren arbeitet er als Pfleger auf der internistischen Station eines Krankenhaues im Saarland.** »Ich helfe gern Menschen«, sagt er, »doch die Zeit, die ich mit Patientinnen und Patienten verbringen kann, wird immer knapper.«

**In der Frühschicht an Werktagen kümmern sich lediglich drei Fachkräfte um die bis zu 30 Patientinnen und Patienten.** Nachts hält sogar nur eine einzige Fachkraft Wache. »Stellen wurden abgebaut, es fehlt an Nachwuchs«, berichtet Tim Umhofer. Gleichzeitig müsse er immer mehr Aufgaben erfüllen. »Oft bin ich mehr mit der Patientenakte als mit dem Patienten befasst«, sagt er.

**Das Krankenhaus im Saarland, an dem Tim Umhofer arbeitet, ist kein Einzelfall.** In den Jahren 1995 bis 2015 ist die Zahl der Pflegekräfte bundesweit von rund 351 000 auf etwa 321 000 gesunken. In Deutschland muss sich eine Pflegekraft um durchschnittlich 10,3 Patientinnen und Patienten kümmern. In Norwegen liegt das Verhältnis bei 1 zu 3,8. Unter diesem Personalmangel leiden Beschäftigte und Pflegebedürftige gleichermaßen.

Krankenpfleger Tim Umhofer

Max Manzey

**Doch Tim Umhofer und seine Kolleginnen und Kollegen finden sich mit diesen Zuständen nicht länger ab.** Gemeinsam mit vielen anderen Kolleginnen und Kollegen und der Gewerkschaft ver.di kämpfen sie seit Monaten für einen neuen Tarifvertrag zur Entlastung. Ihre wichtigste Forderung: mehr Personal für Gesundheit und Pflege! Ende Januar fand an allen 21 saarländischen Krankenhäusern ein erster Warnstreik statt. Mit vielfältigen Aktionen haben sie seitdem auf die Missstände im Gesundheitswesen aufmerksam gemacht.

**Die Fraktion DIE LINKE fordert seit Langem mehr Pflegekräfte.** Anfang 2016 hat sie den Antrag »Gute Arbeit – Gute Versorgung: Mehr Personal in Gesundheit und Pflege« in den Bundestag eingebracht.

## Zukunft, für die wir kämpfen

### In Gesundheit und Pflege investieren

❶ Solidarische Gesundheitsversicherung einführen und Beitragssatz auf unter 12 Prozent senken, Zusatzbeiträge entfallen ❷ Zuzahlungen für Medikamente, Zahnersatz und Brillen streichen ❸ Leistungen der Pflegeversicherung ausbauen ❹ 100 000 neue Stellen in Krankenhäusern und Kliniken schaffen ❺ Mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege durchsetzen

Ihr Vorschlag: eine gesetzliche Personalbemessung, also eine verbindliche Regelung für das Verhältnis von Fachkräften und Patienten. Aktuell fehlen mindestens 100 000 neue Pflegekräfte. Trotzdem lehnten CDU/CSU und SPD den Antrag im Dezember des vergangenen Jahres ab.

**Die Fraktion DIE LINKE streitet weiterhin für mehr Personal in Gesundheit und Pflege:** im Parlament mit Anfragen und Anträgen, auf der Straße im Rahmen der Kampagne »Das muss drin sein.« mittels diverser Aktionen vor Krankenhäusern.

**Auch Tim Umhofer und seine Kolleginnen und Kollegen setzen ihren Kampf fort.** »Der Druck, den wir gemeinsam erzeugen, beginnt zu wirken«, erzählt er. Erste Gespräche über einen besseren Tarifvertrag haben bereits stattgefunden, weitere seien geplant. Denn mehr Personal im Krankenhaus ist besser für alle: für die Beschäftigten ebenso wie für Patientinnen und Patienten.

*Ruben Lehnert*

# »Gesundheit ist keine Ware«

In Gesundheit und Pflege wird mehr Personal gebraucht, sagt Sabine Zimmermann.

***Wie will DIE LINKE den Personalmangel an deutschen Krankenhäusern bekämpfen?***

Sabine Zimmermann: Aktuell fehlen bis zu 10 000 Pflegekräfte. Die Arbeit im Krankenhaus ist sehr hart, die Arbeitskräfte leiden unter hoher Belastung. Die Fraktion DIE LINKE fordert deshalb eine gesetzliche Personalbemessung: eine feste Regelung, für wie viele Patientinnen und Patienten eine Pflegekraft zuständig ist.

***Wie wollen Sie so viele neue Pflegekräfte anwerben?***

Die Attraktivität des Pflegeberufs würde mit einer verbindlichen Personalbemessung steigen. Dadurch müssten die Pflegerinnen und Pfleger keine Angst mehr haben, durch Überbelastung selbst zum Pflegefall zu werden. Außerdem arbeiten viele Pflegekräfte in erzwungener Teilzeit; wenn sie alle in Vollzeit arbeiten dürften, ergäbe sich daraus großes Potenzial. Und selbstverständlich ist eine ordentliche Ausbildung nötig mit einer ausreichenden Ausbildungsvergütung. Dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE ein.

Frank Schwarz

***Wie wirkt sich die Anzahl der Pflegekräfte auf die Qualität ihrer Arbeit aus?***

Die Pflegekräfte haben dann mehr Zeit und können sich intensiver um die kranken Menschen kümmern. Denn man braucht, wenn man im Krankenhaus liegt, nicht nur medizinische Versorgung, sondern auch gelegentlich seelischen Zuspruch.

***Woher soll das Geld für mehr Personal kommen?***

Gesundheit ist keine Ware. Für DIE LINKE gehört die Gesundheitsversorgung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich nach dem Bedarf der Bevölkerung richten und entsprechend ausfinanziert werden.

*Interview: Nina Forberger*

*Sabine Zimmermann ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE*

**Aktuelle Studie**
Die Solidarische Gesundheitsversicherung der Fraktion DIE LINKE setzt auf mehr Gerechtigkeit. Das zeigt eine aktuelle Studie auf *www.linksfraktion.de*.

**Beitragsrechner**
Finden Sie heraus, welchen Beitrag Sie bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen müssen: *beitragsrechner.linksfraktion.de*

## Was bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung?

So wirkt sich die Solidarische Gesundheitsversicherung auf die Höhe der Beiträge zur Krankenversicherung aus:

| | Frisör | Bauarbeiter | Verkäuferin | Krankenpfleger | Netzwerkadministratorin | Fachärztin | Bundestagsabgeordnete |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Einkommen pro Monat (brutto)** | 1.400 Euro | 1.800 Euro | 2.200 Euro | 2.600 Euro | 3.200 Euro | 5.800 Euro | 9.327 Euro |
| Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung | **117,60 Euro** | **151,20 Euro** | **184,80 Euro** | **218,40 Euro** | **268,80 Euro** | **365,40 Euro** | **365,40 Euro** |
| Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung | **81,90 Euro** | **105,30 Euro** | **128,70 Euro** | **152,10 Euro** | **187,20 Euro** | **339,30 Euro** | **545,63 Euro** |

# »Für soziale Gerech

»Wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde.«

Die Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, über den Kampf gegen Kinderarmut, ein gerechtes Steuersystem und faire Beiträge zur Krankenversicherung

***Mit welchem Ziel gehen Sie an die bevorstehende Bundestagswahl heran?***

Sahra Wagenknecht: Unser Ziel ist eine grundlegend andere, sozialere Politik. Der Sozialstaat, der seit Jahren zerstört wurde, muss wiederhergestellt werden. Es ist ein Riesenskandal, dass in Deutschland Millionen Kinder in Armut aufwachsen. Dass Familien in Städten keine bezahlbare Wohnung mehr finden. Dass Millionen Menschen sich jahrzehntelang mit mies bezahlten, unsicheren Jobs durchs Leben schlagen müssen und im Alter dann eine Armutsrente ansteht.

Dietmar Bartsch: Wir wollen drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag bleiben, das Wahlergebnis von 2013 überbieten und möglichst zweistellig werden. Mir ist wichtig, die Auseinandersetzung mit der fremdenfeindlichen, rassistischen und chauvinistischen AfD so zu führen, dass sie nicht in den Bundestag einzieht.

Wagenknecht: Je stärker die Fraktion DIE LINKE im nächsten Bundestag ist, desto größer ist der Druck, dass sich etwas ändert.

**Zukunft, für die wir kämpfen**

**Umsteuern für soziale Gerechtigkeit**

❶ Einkommen unter 7.100 Euro brutto pro Monat entlasten, den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro erhöhen ❷ Vermögenssteuer von 5 Prozent auf Vermögen ab einer Million Euro einführen ❸ Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben, ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ❹ Einkommen aus Kapitalerträgen gerecht besteuern: Abgeltungssteuer abschaffen

***Viele Familien mit normalem und kleinem Einkommen empfinden das Alltagsleben als sozial ungerecht. Wie wollen Sie das ändern?***

Wagenknecht: Wir wollen das Kindergeld auf 328 Euro erhöhen. Die Fahrt in Bus und Bahn soll für alle Kinder unentgeltlich sein. In allen Kitas und Schulen muss es ein kostenloses Mittagessen geben. Von der Kita bis zur Hochschule – alle Kinder sollen gleiche Bildungschancen haben, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern. Wir wollen das Elterngeld auf zwei Jahre verlängern und die verbreitete Armut von Alleinerziehenden bekämpfen, etwa indem der Unterhaltsvorschuss so lange gezahlt wird, bis das Kind erwachsen ist.

***Und beim Thema Steuern?***

Wagenknecht: Bei der Lohn- und Einkommensteuer wollen wir den Grundfreibetrag von derzeit 8.652 Euro auf 12.600 Euro anheben. Zusammen mit dem höheren Kindergeld würde das für eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 42.000 Euro brutto eine Entlastung von bis zu 5.000 Euro bringen. Es ist auch ökonomisch sinnvoll, Millionäre stärker zu besteuern und Menschen mit geringem Einkommen zu entlasten.

***DIE LINKE wirbt für eine Solidarische Gesundheitsversicherung. Was ist das Besondere an diesem Konzept?***

Bartsch: Die gesetzliche Krankenversicherung wurde einst als System der Solidarität entwickelt. Real aber gibt es eine Zwei-Klassen-Medizin. Wir wollen eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Auch Angestellte, Beamte, Politiker und Selbstständige. Die Beiträge würden merklich sinken. Besonders Versicherte mit kleinem und mittlerem Einkommen und Familien würden davon profitieren.

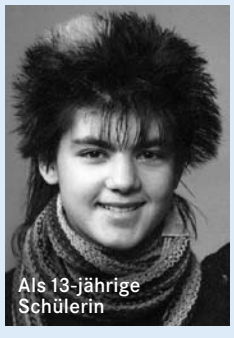
***Wie genau?***

Bartsch: Zuzahlungen, beispielsweise für Medikamente oder Krankenhausaufenthalte, schaffen wir damit ab. Und wir führen die Parität bei der Finanzierung wieder ein. Das heißt, Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen wieder zu gleichen Teilen ein. So kann der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent dauerhaft auf unter 12 Prozent abgesenkt werden, und zwar ohne bei den Leistungen zu kürzen.

***Niedrigere Beiträge, aber mehr Leistung. Haben Sie das Konzept durchgerechnet?***

Wagenknecht: Natürlich! Wenn die ungerechten Privilegien für Besserverdienende und Arbeitgeber abgeschafft werden, ist ja viel mehr Geld im Topf. Wir wollen nicht, dass immer mehr privat zugezahlt werden muss, sondern dass gute Kassenleistungen für alle gelten. Dazu gehört etwa auch, dass die Kassen wieder Brillen und Zahnersatz übernehmen.

***Herr Bartsch, Sie haben vor gut einem halben Jahr ein***



Als 13-jährige Schülerin

**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena, ging in Berlin zur Schule. In den 1990er Jahren studierte sie Philosophie und Neuere Deutsche Literatur in Jena, Berlin und Groningen. Sie promovierte im Jahr 2012 in Wirtschaftswissenschaften. Die 48-jährige Ökonomin war in den Jahren 2004 bis 2009 Mitglied des Europaparlaments, sie wirkte jahrelang als stellvertretende Vorsitzende von Partei und Fraktion DIE LINKE und sitzt seit dem Jahr 2009 im Deutschen Bundestag. Sahra Wagenknecht ist verheiratet und lebt in Merzig im Saarland.

Als Mitglied des Europaparlaments im Jahr 2006

# tigkeit und Frieden«

»Zuzahlungen, etwa bei Medikamenten, wollen wir abschaffen.«

**Zukunft, für die wir kämpfen**

**Kinderarmut beseitigen**

❶ Kindergeld sofort auf 328 Euro pro Monat erhöhen ❷ Grundsicherung von monatlich 564 Euro für alle Kinder und Jugendlichen einführen ❸ Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität schaffen ❹ Freie Fahrt in Bus und Bahn für alle Kinder gewähren ❺ Kostenfreies warmes und gesundes Essen in allen Kitas und Schulen anbieten

***bundesweites Netzwerk gegen Kinderarmut ins Leben gerufen. Was ist seitdem passiert?***

Bartsch: Wir konnten prominente Frauen und Männer aus Vereinen, Sozialverbänden, Kultur und Politik für das Netzwerk gewinnen. Zusammen haben wir intensiv über Kinderarmut, über ihre Ursachen und Folgen diskutiert und auch schon etliche Vorschläge gemacht, wie Kinderarmut beseitigt werden kann. Inzwischen liegt eine faktenreiche Studie vor. Sie erhellt viele Zusammenhänge und benennt klar Aufgaben für die nächste Legislaturperiode. Aber schon jetzt haben wir so viel Öffentlichkeit erreicht, dass eine neue Regierung – wie auch immer geartet – das Thema Kinderarmut nicht mehr wie bislang ignorieren kann.

***Krasse Unterschiede bei Löhnen und Gehältern, massenhaft drohende Altersarmut. Davon sind sehr viele Menschen betroffen. Wie will die Fraktion DIE LINKE die Arbeitswelt verändern, Frau Wagenknecht?***

Wagenknecht: Wir wollen gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze. Weg mit Dumpinglöhnen und Dauerstress! Wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde, für kürzere Arbeitszeiten und für eine Überwindung des Hartz-IV-Zwangsregimes mit seinen Schikanen. Die Lohndrückerei über Werkverträge und Leiharbeit muss verboten und grundlos befristete Arbeitsverträge müssen entfristet werden. Tarifverträge müssen für alle Beschäftigten in einer Branche gelten.

***Welche Vorschläge unterbreitet die Fraktion DIE LINKE in der Rentenpolitik?***

Wagenknecht: Statt einer zunehmenden Privatisierung der Rente wollen wir die gesetzliche Rente stärken. In Österreich, wo eben neben den Beschäftigten auch Selbstständige und Beamte in den gleichen Rententopf einzahlen, hat ein durchschnittlicher Rentner 800 Euro mehr im Monat zur Verfügung. So sollte man es machen.

***Auf der Facebook-Seite der Fraktion ist zu lesen: Geht raus, geht zu den Menschen, sie brauchen Hintergrundwissen und Fakten. Erleben Sie das so?***

Bartsch: Wir halten keine Fensterreden im Parlament, sondern machen Politik für die Menschen im Land. Darum sind wir viel vor Ort, auch außerhalb von Wahlen. Es stimmt, viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass Wahlen etwas bringen und Politik für sie im Alltag positiv etwas verändert. Im direkten Gespräch wandelt sich diese Einstellung dann häufig: Doch, es ändert sich was, wenn du es willst, wenn du selbst etwas tust.

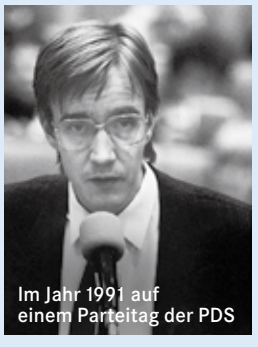
***Diese Botschaft überzeugt wirklich?***

Bartsch: Ich erlebe das an Schulen und Universitäten. Mir macht Hoffnung, dass besonders junge Leute viel erfragen, selbst schon ein großes Hintergrundwissen haben. Die bisherigen Landtagswahlen haben ja auch gezeigt, dass DIE LINKE sowohl in großen Städten als auch von jungen Leuten gewählt wurde. In dieser Generation findet wieder eine Politisierung statt. Das ist toll, und es macht Spaß, mit so kritischen Menschen zu diskutieren.

***Welche Besonderheit erwarten Sie im Wahlkampf 2017?***

Wagenknecht: Soziale Medien werden eine große Rolle spielen. Das ist ein Vorteil, weil man schnell auf Ereignisse reagieren kann und nicht so stark von etablierten Medien abhängig ist. Soziale Medien können aber auch von anderen für üble Schmutzkampagnen genutzt werden. Es gibt viel Verunsicherung in der Gesellschaft, Themen und Stimmungen drehen sich schnell. Ich rechne mit einer harten Auseinandersetzung, auch mit unfairen Angriffen. Da müssen wir geschlossen bleiben und gut parieren. Entscheidend ist zu zeigen, wofür die Fraktion DIE LINKE steht: für soziale Gerechtigkeit und Frieden, für eine bessere Politik!

*Interview: Gisela Zimmer*



Im Jahr 1991 auf einem Parteitag der PDS

**Dietmar Bartsch** kam im Jahr 1958 in Stralsund zur Welt. In Berlin studierte er Wirtschaftswissenschaften, im Jahr 1990 promovierte er in Moskau. Er arbeitete als Geschäftsführer für die Verlage *Junge Welt* und *Neues Deutschland*. Der 59-Jährige wirkte viele Jahre unter anderem als Schatzmeister, Geschäftsführer und Wahlkampfleiter von PDS und DIE LINKE. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder. In seiner Freizeit spielt er Volleyball und Doppelkopf.

Am Strand von Sellin im Jahr 2007

Frank Schwarz

Hannes Strobel setzt sich in der Otto-Suhr-Siedlung in Berlin-Kreuzberg gegen steigende Mieten und Verdrängung durch Sanierungsarbeiten der Deutsche Wohnen AG ein.

Frank Schwarz

**Zukunft, für die wir kämpfen**

**Mieten runter, mehr günstige Wohnungen**

❶ 250 000 gemeinnützige Sozialwohnungen pro Jahr errichten ❷ Sozialbindung nicht auslaufen lassen ❸ Privatisierung öffentlicher Wohnungen stoppen ❹ Mieten in Milieuschutzgebieten bei 8,50 Euro pro Quadratmeter kappen, bestehende Mieten einfrieden ❺ Spekulation mit Wohnraum eindämmen: Immobilienfonds die Zulassung entziehen

# Keine Rendite mit der Miete

In deutschen Großstädten jagen Immobilienkonzerne, etwa die Deutsche Wohnen AG, nach immer höheren Profiten. Dagegen wehren sich Mieterinnen und Mieter wie Hannes Strobel aus Berlin.

Es ist 13 Uhr an einem sonnigen Samstag im Mai im Berliner Stadtteil Kreuzberg. Menschen aus fast allen Bezirken der Hauptstadt strömen in ein Kiez-Café. Es sind Mieterinnen und Mieter der Deutsche Wohnen AG. Sie treffen sich, weil sie etwas verändern wollen. Hannes Strobel (35) ist Mitinitiator des Treffens und engagiert sich beim Bündnis Otto-Suhr-Siedlung & Umgebung – aus Solidarität, obwohl er nicht unmittelbar betroffen ist. Diese Siedlung wird von der Deutsche Wohnen AG als »Leuchtturmprojekt« für Investoren bezeichnet.

**Die Deutsche Wohnen AG ist der größte private Anbieter von Wohnungen in Berlin.** Der Immobilienkonzern herrscht über rund 160 000 Wohnungen, ein Großteil befindet sich in der Hauptstadt. Die Aktie des Konzerns hat sich in den vergangenen acht Jahren mehr als verzehnfacht. Die Aktionäre kassierten im vergangenen Jahr Dividenden im Gesamtwert von rund 250 Millionen Euro – 37 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Investmentbank Morgan Stanley empfiehlt die Aktie zum Kauf, da der Mietspiegel in Berlin weiter drastisch steigen werde.

**Bei der Versammlung berichten Mieterinnen und Mieter von unterschiedlichen Vorgehensweisen ihres Vermieters.** Bei einer Mieterin fehlte im Winter über Wochen die Heizung. Einem anderen Mieter schimmeln die Wände zu, doch der Vermieter lässt mit der Reparatur auf sich warten. Anderen wurden umfangreiche Renovierungen angekündigt. Sie befürchten, dass die Wohnungen nach der Renovierung verkauft werden und der neue Eigentümer höhere Mieten verlangen wird. Wieder andere Mieter berichten, dass ihnen energetische Sanierungen angekündigt wurden, verbunden mit dem Hinweis auf die neue, viel höhere Miete.

**Die Deutsche Wohnen AG steht stellvertretend für viele Aktiengesellschaften und Immobilienfonds in Deutschland** (siehe Grafik). Sie alle kaufen Wohnungen im großen Stil, vertreiben die Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen und machen Reibach für ihre Aktionäre. Hannes Strobel freut sich über den regen Zuspruch aus ganz Berlin. »Die Deutsche Wohnen ist ja nur die Spitze des Eisbergs«, sagt er. »Wir wollen Mieterinnen und Mietern Mut machen und zeigen, dass man sich gemeinsam erfolgreich gegen solche Investoren wehren kann.«

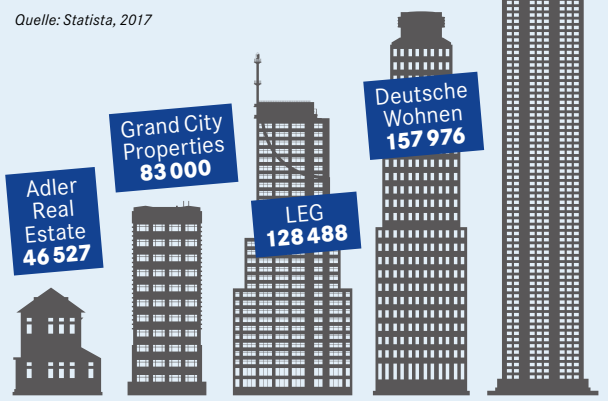
Anfang Juni demonstrierten Hannes Strobel und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter vor der Geschäftszentrale der Deutsche Wohnen AG in Berlin-Charlottenburg, um ihrem Unmut und ihren Zukunftsängsten Luft zu verschaffen. Die Hoffnung auf ihren Vermieter haben viele von ihnen längst verloren. Deshalb fordern sie Unterstützung von der Politik: die Abschaffung des Gesetzes zur energetischen Modernisierung, eine Mietpreisbremse, die den Mietenanstieg tatsächlich stoppt, einen wirksamen Milieuschutz und die Überführung der Wohnungen der Deutsche Wohnen AG in die öffentliche Hand.

*Timo Kühn*

## Immobilienhaie

Größte börsennotierte Wohnungsimmobiliengesellschaften nach Anzahl der Wohneinheiten in Deutschland im Jahr 2016

*Quelle: Statista, 2017*




istockphoto.com/Leontura

picture-alliance/dpa

Firmensitz der Deutsche Wohnen AG: Der Konzern herrscht über rund 160 000 Wohnungen.

## Für wirksamen Mieterschutz

**Die Angst, die Wohnung zu verlieren, geht in den Städten um.** Was vor einigen Jahren noch die Ausnahme war, ist jetzt vielerorts Realität: Investoren haben das »Betongold« entdeckt und kaufen ganze Straßenzüge auf; deswegen zittern viele vor Mieterhöhungen oder Sanierungen. Mieterinnen und Mieter »stören« häufig bei der teuren Weitervermietung oder bei der Umwandlung in Eigentumswohnungen.

**Die Chance, eine neue bezahlbare Wohnung zu finden, wird immer geringer.** Die Mieten stiegen in wenigen Jahren um 30, 40, teilweise sogar um bis zu 50 Prozent. Menschen mit geringem Einkommen, selbst Durchschnittsverdienern bleibt oft nur noch der Stadtrand.

Gebaut wird eine ganze Menge, aber fast nur Eigentumswohnungen. Oder Wohnungen, deren Mietpreise sich keiner mehr leisten kann.

**Die Regierung schaute jahrelang tatenlos zu.** Die von ihr beschlossene Mietpreisbremse funktioniert nicht. Da Vermieter keine Strafen fürchten müssen, wird sie einfach ignoriert. Der soziale Wohnungsbau kommt nicht in Schwung. CDU/CSU und SPD tragen eine Mitschuld, dass Wohnen wieder zu einer wichtigen sozialen Frage geworden ist.

Die Fraktion DIE LINKE lässt ihnen das nicht durchgehen. **Wir brauchen wirksame Mieterschutzgesetze und den Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau!**

*Caren Lay ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE*

# Arme Kinder kommen selten aufs Gymnasium

In Deutschland hängen Bildungserfolg und soziale Herkunft eng zusammen.

**Zukunft, für die wir kämpfen**

**Gute Bildung für alle**

❶ Mehr Gemeinschafts- und Ganztagsschulen schaffen ❷ Mehr individuelle Förderung ermöglichen ❸ Gebührenfreie Zugänge zu frühkindlicher Bildung garantieren ❹ Kostenlos Lernmittel für alle bereitstellen ❺ Ausreichend und gutes Fachpersonal in Kitas und Schulen anstellen

Das Schulsystem bevorzugt Kinder aus wohlhabenden Haushalten, Kindern aus armen Familien raubt es Zukunftschancen.

**Jahr für Jahr bemängelt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Deutschlands geringe Investitionen in sein Bildungssystem:** Gemessen am Bruttoinlandsprodukt fließt hierzulande weniger Geld in Bildung als im Durchschnitt der Mitgliedstaaten. Doch nicht nur bei der Finanzierung läuft vieles schief: Das deutsche Bildungssystem benachteiligt Kinder aus armen Familien.

**Das derzeitige gegliederte Bildungssystem – unter anderem Gymnasium, Real- und Hauptschule – sortiert junge Menschen nach der Grundschule auf unterschiedliche Schulformen aus.** Auf Gymnasien gehen besonders häufig Kinder aus reichen Familien, während Kinder aus armen Familien überdurchschnittlich oft Haupt- oder Realschulen besuchen. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Marlis Tepe, stellte fest, dass Bildungserfolg und soziale Herkunft in Deutschland so eng zusammenhängen wie in kaum einem anderen Staat. »Bildung wird weiterhin vererbt«, urteilt sie.

**Kinder, deren Eltern ein niedriges Einkommen haben, bleiben auch bei Klassenfahrten, Schulausstattung und Auslandsaufenthalten auf der Strecke.** Kosten für die Schülerbeförderung oder Lehrbücher sind für Familien mit geringem Einkommen auch oberhalb des Hartz-IV-Bezugs nur schwer zu tragen. Nachhilfe für ihre Kinder können sie sich oft nicht leisten. Auch darum verweigern manche Eltern ihren Kindern den Weg auf das Gymnasium.

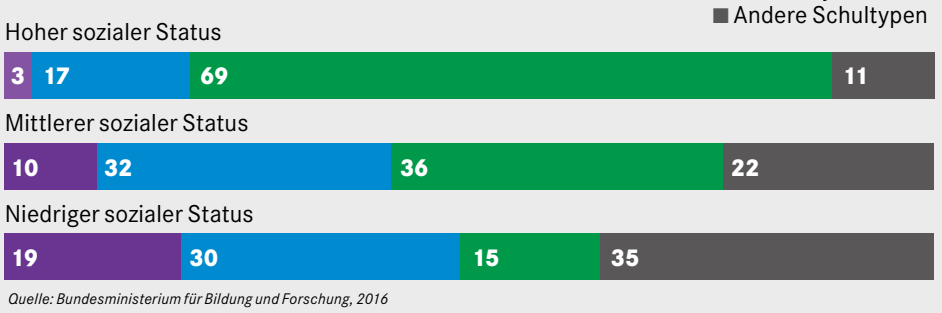
**Laut PISA-Studie 2015 ist die Ausstattung von Schulen in Vierteln, in denen Gutverdiener leben, besser als in Gegenden mit armer Bevölkerung.** Und wenn man die Lehrerinnen und Lehrer zur Chancengleichheit an deutschen Schulen befragt, so wie es die Vodafone-Studie im Jahr 2013 tat, ist das Ergebnis eindeutig: Der Einfluss der sozialen Schicht des Elternhauses auf die Leistung von Schülerinnen und Schülern ist »sehr groß« oder »groß«, sagen 82 Prozent der Lehrer. »Gar nicht groß«, sagen dagegen nur 15 Prozent.

**Auch im Verband Bildung und Erziehung (VBE) kennt man die Unzulänglichkeiten des deutschen Bildungssystems.** Über den Bildungsfinanzbericht, der im Auftrag des Bildungsministeriums und der Kultusministerkonferenz erstellt wird, sagt Verbandschef Udo Beckmann, er sei »eine Dokumentation von Überfliegern und Schlusslichtern«. Er offenbare erneut die ungleiche Finanzierung der allgemeinbildenden Schulen in Deutschland. »Wer Bildungsungerechtigkeit in Zahlen ausgedrückt haben möchte, hat hiermit eine passende Lektüre gefunden«, sagt er.

*Sophie Freikamp*

## Wer besucht welche Schulform?

Verteilung der 15-Jährigen im Jahr 2012 in Prozent




*Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2016*

# »Gleicher Zugang zu Bildung für alle«

Wie die Fraktion DIE LINKE das ungerechte Bildungssystem verbessern will, erklärt Rosemarie Hein.

***Was sind die wichtigsten Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit in der Bildung?***

Rosemarie Hein: Wir brauchen dringend ausreichend gute pädagogische Fachkräfte mit einer vernünftigen Ausbildung. Ohne diese geht nun mal nichts. Wir wollen die öffentlichen Ausgaben von Bund und Ländern für Bildung erhöhen, mehr Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit im Bildungssystem herstellen und die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft durchbrechen.

***Und die Schule für alle, für die sich DIE LINKE einsetzt?***

Die Überwindung des mehrgliedrigen Schulsystems, das arme Kinder ausgrenzt, ist eine unserer zentralen Forderungen.

***Warum ist gerade die Beitragsfreiheit von Kindergärten, Schulen und Universitäten so wichtig?***

Darin sehen wir einen Grundpfeiler, um die Bildungsfrage von der sozialen Frage zu entkoppeln. Die Beitragsfreiheit eröffnet jeder und jedem den gleichen Zugang zu Bildung.

***Im Moment ist Bildung Ländersache.***

Wir fordern, dass Bildung als eine Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert wird, damit Bund und Länder endlich sinnvoll zusammenarbeiten können. Ein bundeseinheitliches Bildungsrahmengesetz wäre dann möglich, um mehr Vergleichbarkeit und gleiche Möglichkeiten für Teilhabe in der Bildung zu schaffen.

***Was sollte ein solches Bildungsrahmengesetz beinhalten?***

Es müsste materielle und personelle Rahmenbedingungen sichern und die Rechte von Lernenden, Eltern und Lehrenden festlegen. Zudem sollte es individuelle Rechtsansprüche, Mitspracherechte, grundsätzliche Bildungsziele und gemeinsame gleiche Bildungsstandards umfassen. Auch Grundsätze der Bildungsfinanzierung könnten ein Teil dieses Gesetzes sein.

*Interview: Sophie Freikamp*

*Rosemarie Hein ist bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE*

# »Unsere Musik motiviert, selbst aktiv zu werden«

Carlito und Mal Élevé, die Sänger der Band Irie Révoltés, über ihre Abschiedstour, den Kampf gegen Rassismus in Deutschland und Frankreich und ihren emotionalsten Auftritt

Julia Hoppen

Carlito und Mal Élevé (4. u. 6. v. l.) sind Brüder und stammen aus Frankreich. Viele Texte der Band Irie Révoltés singen sie auf Französisch.

***In diesem Jahr läuft die Abschiedstour von Irie Révoltés. Seid ihr mit Mitte 30 nicht zu jung für die Rockerrente?***

Mal Élevé: Rockerrente? Schön wär's! Für uns und für die Band ist der Moment gekommen, gemeinsam aufzuhören. Aber wir lehnen uns noch lange nicht zurück. Es wird neue Aktionen und neue Projekte geben.

***Ihr habt gegen Nazis und Rassismus gesungen und aus Solidarität mit Flüchtlingen. Jetzt rollt eine rechtsextreme Welle über Europa. Ist der Zeitpunkt des Abschieds nicht denkbar schlecht?***

Carlito: Den richtigen Zeitpunkt zum Aufhören gibt es nie. Unsere Entscheidung hat nichts damit zu tun, wie die Welt heute aussieht. Leider kann man mit Musik die Welt nicht komplett verändern. Man kann Leute zum Nachdenken anregen und animieren, selbst aktiv zu werden. Das haben wir mit der Band immer versucht.

***Euer Song »Fäuste Hoch« handelt von Aufstand und Rebellion. Wie viel Rebellion hinterlässt Irie Révoltés?***

Carlito: Wir haben immer Kraft daraus gezogen, dass wir etwas in einzelnen Leuten auslösen können. Unser Motor war es, nach den Konzerten mit den Menschen zu sprechen, und wir haben mitbekommen, dass Leute durch uns aktiv wurden. Wir haben es geschafft, Leute zu motivieren, sich für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen, zum Beispiel indem sie das Projekt »Viva con Aqua« unterstützen, das Menschen weltweit den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen will.

***Ihr seid sowohl in Deutschland als auch in Frankreich verwurzelt. In beiden Ländern steht der Kampf gegen die radikale Rechte auf der Tagesordnung.***

Mal Élevé: In Deutschland äußert sich der Rassismus viel krasser und viel aggressiver auf der Straße: Nazi-Aufmärsche, Übergriffe, angezündete Flüchtlingsheime. In Frankreich trauen sich die Nazis weniger auf die Straße. Dort läuft der Rassismus subtiler. Zugleich ist der rechtsextreme Front National dort viel stärker als die AfD hierzulande.

***Was können Antifaschistinnen und Antifaschisten auf beiden Seiten der Grenze voneinander lernen?***

Mal Élevé: Die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und breiten Teilen der Bevölkerung läuft in Frankreich sehr gut. Davon könnte die deutsche Seite etwas lernen. Andersrum ist die hiesige Antifa-Szene sehr gut organisiert.

***Ihr seid bei vielen politischen Anlässen aufgetreten. An welchen Auftritt habt ihr besonders starke Erinnerungen?***

**Irie Révoltés** bedeutet »Fröhliche Aufständische«. Diesem Namen fühlt sich die Band aus Heidelberg seit ihrer Gründung im Jahr 2000 verpflichtet: Sie begreifen sich als aktiver Teil einer weltweiten Bewegung gegen soziale Ungerechtigkeit. Ihr Mix aus Ska, Reggae, Hip-Hop und Dancehall mit deutschen und französischen Texten ist unangepasst, lebendig, laut und meist politisch. Den Tourplan ihrer Abschiedstournee gibt es unter **www.irie-revoltes.com**

Carlito: Es wäre jetzt blöd, einen einzigen Auftritt hervorzuheben. Die Anliegen, für die wir uns als Band eingesetzt haben, waren alle gleich wichtig. Es gab aber Momente, die besonders beeindruckt haben, auch emotional.

***Welcher Moment war das?***

Mal Élevé: Das war definitiv Heiligendamm 2007, die großen Proteste gegen den G8-Gipfel. Das ist emotional hängengeblieben, auch weil es sich um eine riesige Anzahl von Leuten handelte.

Carlito: Von der politischen Wichtigkeit her war aber jede kleine Anti-Nazi-Demo und jedes Refugees-Welcome-Konzert genauso wichtig.

***Ihr habt angekündigt, dass der Kampf für eine bessere Welt niemals aufhören wird. Wie geht er im nächsten Jahr weiter?***

Carlito: Das kann ich noch verraten. Nur so viel: Es werden musikalische, aber auch rein politische Projekte sein.

***Also wird in Zukunft politisches Engagement eine noch größere Rolle spielen?***

Mal Élevé: Das handhaben die Mitglieder der Band sehr unterschiedlich. Ich persönlich freue mich darauf, mehr Zeit für Anliegen zu haben, die bisher etwas kurz kamen.

***Kannst du ein konkretes Projekt nennen?***

Mal Élevé: Bereits in diesem Jahr habe ich versucht, mich um Aufklärungsarbeit an Schulen zu kümmern. Für junge Leute habe ich Workshops organisiert, wir haben mit Geflüchteten zusammen Musik und Sport gemacht. Es geht darum, die jüngere Generation von Vorurteilen wegzubekommen durch direkte Begegnungen und Aufklärungsarbeit.

*Interview: Niels Holger Schmidt*

picture-alliance/dpa

## Dehms Musik-Kritik

Der Liedermacher und Bundestagsabgeordnete **Diether Dehm** (DIE LINKE) bewertet Neuerscheinungen.

### MIKE & THE MECHANICS, DEPECHE MODE, WECKER, GORILLAZ, THE CRANBERRIES

**Mike & The Mechanics: Let Me Fly**
Was dieser Band einzig fehlt, ist endlich mal wieder ein Hit. Aber Genesis-Gitarrist Mike Rutherford verpasst der CD hitreife Refrains mit viel Mainstream.

**Depeche Mode: Spirit**
Mit ungeahnter Roughness, gesellschaftliche Entwicklungen nicht aussparend: »We're digging our own grave [...] watch men die in real time [...] armed with new technology [...] to a caveman mentality.« Leider musikalisch phasenweise so belanglos wie ein Outtake-Album.

**Konstantin Wecker: Poesie und Widerstand**
Seine Biografie (selbstkritisch, weil mit einem ehrlichen Gefährten entstanden) und dazu unterm selben Titel eine CD-Box. Zum 70. Geburtstag: Glückwunsch einem populären Linken, der nach wie vor vor vollen Häusern singt: für die »Sexfront« der 68er, gegen rosagrünliche Verboteritis, in steter Sinnlichkeit und mit Antiimperialismus im Sinn.

**Gorillaz: Humanz**
Das lang ausgebrütete hochwertige 5. Album der Comic-Truppe kappt konsequent die meisten Verbindungsstränge zu den Vorgängern. Mit Orientierung: Zeitgeist der Black Music. Leider jedoch wenig kohärent. Eher ein Sampler.

**The Cranberries: Something Else**
Ihre Hits von früher in frischen Versionen eines Akkustikalbums: zum Beispiel Linger, Ode to My Family, Animal Instinct und natürlich der Protestsong Zombie. Prima, um in der Vergangenheit zu schwelgen.

# »Spannung, wie sie der Klassenkampf liefert«

Sahra Wagenknecht empfiehlt das neue Hörbuch der Partisanengeschichte »Bella Ciao«, gelesen vom Schauspieler Peter Sodann.

Sahra Wagenknecht

Zwei rote Partisanenführer, wie sie unterschiedlicher nicht sein können, lieben eine Genossin, die sich auch nicht so recht entscheiden kann. Hingegen, angesichts der Übermacht von Wehrmacht und italienischer SS, finden Eifersucht und Alphamänner-Spiele wenig Raum.

Die Guerillaverbände sabotieren Munitionszüge, überfallen faschistische Grenzstationen und errichten sogar eine antifaschistische Partisanenrepublik am Nordwestufer des Lago Maggiore im Ossola-Tal in den Alpen. Ob Kommunisten, Linksliberale, Katholiken, Sozialdemokraten: Gemeinsam kämpften sie gegen Nazis und Faschisten – aus Liebe zu ihrem Land und aus Hass gegen die imperialistischen deutschen Besatzer.

Zwischen den Befreiungskämpfen schreibt der eine Partisanenführer dann ein Liebeslied, »Bella Ciao« (»Mach's gut, Schöne!«), das heute überall gesungen wird, wo es Widerstand gegen rechts gibt, im Kurdenland, in Budapest, Washington und Rio de Janeiro.

Norbert Blüm hat Diether Dehms Geschichte »einen großen Roman über Liebe in grausamen Zeiten« genannt. Der Musiker und Schauspieler Konstantin Wecker lobt ihn als echten, »linken Abenteuerroman«. Und Wecker singt »Bella Ciao« auch auf dem Hörbuch, das jüngst erschienen ist. Gelesen vom Schauspieler und ehemaligen »Tatort«-Kommissar Peter Sodann, der, um aufzuregen, alle Aufgeregtheit aus seiner Erzählstimme nimmt.

Siebzehn Stunden historischer Spannung, Sinnlichkeit und psychologischer Verkettungen, wie sie der Klassenkampf eben auch liefert. Eine schöne und kluge Kraftinvestition. Auch ins Anlaufnehmen für den kommenden Bundestagswahlkampf.

*Peter Sodann liest »Bella Ciao« von Diether Dehm, Eulenspiegel, 29,99 Euro*

## BÜCHERKISTE

Michael Lüders bricht mit der bekannten Gut-Böse-Erzählung, um den Krieg in Syrien und seine katastrophalen Folgen für Millionen Menschen zu erklären: »Zum ersten Mal finden sich die Europäer, allen voran die Deutschen, inmitten eines Sturms wieder, für den sie mitverantwortlich sind – weil sich ihre Politiker die Sicht Washingtons zueigen gemacht haben: Assad muss weg.« Er belegt beispielsweise mit Geheimdienstpapieren, wie die USA Dschihadisten mit Waffen versorgten. Lüders handelte sich Kritik ein, weil er einzelne Behauptungen nicht präzise genug recherchierte. Seine Analyse offenbart, wie Syrien zum Spielball der Großmächte wurde.

*Michael Lüders: Die den Sturm ernten. C. H. Beck, 176 Seiten, 14,95 Euro*

»Was ist los mit dir, Europa?«, fragte Papst Franziskus im Mai 2016 Abgesandte von Europäischer Kommission, EU-Parlament und Europäischem Rat. Der Jesuit und Ökonom Friedhelm Hengsbach legt Antworten vor. Dazu untersuchte er auch die »sozialen Risse innerhalb und zwischen den Mitgliedsländern, die der Binnenmarkt und die Währungsunion verschärft haben« und entwickelte Vorschläge für mehr Solidarität und Gerechtigkeit: Die EU muss demokratisch umgebaut und transparent gestaltet werden, die Beziehungen zu Entwicklungsländern sollen allen Beteiligten Vorteile bringen. Schließlich brauchen vor allem Menschen im Süden Europas wieder Hoffnung und Perspektive.

*Friedhelm Hengsbach: »Was ist los mit dir, Europa?« Westend, 128 Seiten, 14 Euro*

## PREISRÄTSEL

***Mitmachen und gewinnen!***

*Markieren Sie die fünf Unterschiede in der linken Karikatur. Schneiden Sie den Vordruck entlang der gestrichelten Linie aus und senden Sie Ihre richtige Lösung per Brief oder Postkarte an: Fraktion DIE LINKE, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir dreimal das Hörbuch »Bella Ciao«. Einsendeschluss ist der 31. August 2017. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Beim vorherigen Preisausschreiben haben gewonnen: Uschi Baumann aus Hannover, Ulrike Dienstbach aus München und Claus Kühnert aus Dresden.* ***Herzlichen Glückwunsch!***

**Ja:**

- ☐ Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE.
- ☐ Ich will *clara*, das Magazin der Fraktion DIE LINKE, kostenlos abonnieren.
- ☐ Ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Bitte ausgefüllt senden an:
Fraktion DIE LINKE, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**IMPRESSUM**
Herausgeberin: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/22 75 11 70
Fax: 030/22 75 61 28
klar@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel, Jan Korte (Anschrift wie Herausgeberin); Leitung: Tatjana Behrend; Redaktion: Sophie Freikamp, Timo Kühn, Ruben Lehnert, Frank Schwarz, Gisela Zimmer; Layout und Satz: DiG/Plus GmbH, Berlin; Druck: MediaService GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin; Redaktionsschluss: 19. Mai 2017. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden!

**Ansprechbar.**

Sie haben Fragen zu unserer Politik, möchten Informationsmaterial beziehen oder Anregungen und Kommentare abgeben? Unser Bürgerinnen- und Bürgerservice ist für Sie da.

Telefon: 030/22 75 11 70
Fax: 030/22 75 62 48
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
www.twitter.com/linksfraktion
www.facebook.de/linksfraktion

**Adressen und Kontakt finden Sie unter**
www.linksfraktion.de/kontakt

# Protest gegen den G20-Gipfel

picture-alliance/dpa

Die Fraktion DIE LINKE beteiligt sich an den Demonstrationen gegen den Gipfel der Ungerechtigkeit Anfang Juli in Hamburg.

Mit Seifenblasen und Schminke: Proteste gegen das G7-Gipfeltreffen in Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2015

**Hamburg droht der Ausnahmezustand. Am 7. und 8. Juli findet in der Hansestadt der G20-Gipfel statt.** Ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der 19 mächtigsten Länder der Welt sowie einer Delegation der Europäischen Union. Diktatoren begegnen Despoten, die gefährlichsten Waffenexporteure treffen auf die größten Klimasünder der Welt. Mehr als 10 000 Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Diplomatie werden erwartet.

**Die Hansestadt wird zur Hochsicherheitszone.** Polizei (mit rund 15 000 Einsatzkräften) und Bundeswehr patrouillieren mit schwerem Gerät in der Innenstadt. Ausländische Spezialkräfte und Geheimdienste tummeln sich zwischen Schanzenviertel und Hafen. Die Kosten von geschätzt 100 bis 200 Millionen Euro für das Gipfeltreffen tragen die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

**Am G20-Gipfel gibt es viel Kritik. Der Gipfel gilt als undemokratisch, weil er anders als die Vereinten Nationen völkerrechtlich nicht legitimiert ist.** Teilnehmen dürfen nur die mächtigsten Staaten, die Mehrzahl der Länder ist nicht eingeladen. Getagt wird hinter verschlossenen Türen, die Bevölkerung erfährt kaum etwas über die Ergebnisse. »Die G20 stehen für eine Politik, die auf Wirtschaftswachstum, Profitmaximierung und Konkurrenz ausgerichtet ist«, urteilt das globalisierungskritische Netzwerk Attac.

**Unter dem Motto »Grenzenlose Solidarität statt G20« organisiert ein breites Bündnis Widerstand gegen dieses Gipfeltreffen.** Geplant sind ein Alternativgipfel, diverse Konzerte sowie mehrere Demonstrationen. Die Teilnehmer am G20-Gipfel »reden zwar über Klimawandel, vertreten aber die Interessen der Erdöl-, Kohle- und Autoindustrie«, heißt es in dem Aufruf des Bündnisses. »Sie reden über Frieden, sind aber selbst die größten kriegführenden und rüstungsproduzierenden Staaten.«

Mehr Informationen zu den Protesten: **linksfraktion.de/G20**

## Mit Kind und Kegel für eine gerechte Welt

Im Juli wird eine Horde Gewalttäter in Hamburg einfallen. Auf Einladung des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) und der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) werden lupenreine Autokraten und Unterdrücker vom Schlage eines Trump, Putin oder Erdoğan die Stadt unsicher machen. **Die G20 stehen für die Umverteilung von unten nach oben und für die ungebrochene Kontinuität von globaler Ungerechtigkeit.**

Zwar ist es immer richtig, wenn Regierungen miteinander reden. Aber beim G20-Gipfel werden auch Beschlüsse gefasst, die Millionen Menschen in anderen Ländern betreffen. Wohlgemerkt in Ländern, die überhaupt nicht mitreden dürfen. Nur ein Beispiel: Dieses Jahr steht die Zusammenarbeit mit Afrika ganz oben auf der Tagesordnung. Aber aus Afrika sitzt nur ein einziges Land mit am Tisch. Kooperation zur Lösung globaler Probleme geht anders.

**Deshalb werden Anfang Juli in Hamburg viele zehntausend Menschen aus ganz Europa auf die Straße gehen.** Gemeinsam werden wir mit Kind und Kegel und guter Laune unsere Forderungen nach einer gerechten und friedlichen Welt auf die Straße bringen.

*Jan van Aken ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE*

Frank Schwarz

# Nein zum Verkauf öffentlichen Eigentums

Heike Hänsel und Dietmar Bartsch, die stellvertretende Vorsitzende und der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, bei einer Protestaktion vor dem Deutschen Bundestag Mitte Mai

Noch in diesem Sommer wollen CDU/CSU und SPD die Gründung einer zentralen Infrastrukturgesellschaft beschließen, die zukünftig die rund 13 000 Kilometer Autobahnen erhalten, ausbauen und betreiben soll. Dazu soll im Eilverfahren das Grundgesetz geändert werden.

Für Steuerzahlerinnen und Steuerzahler birgt das viele Nachteile: Experten befürchten, dass der Bund der Gesellschaft das Schnellstraßennetz im Wert von rund 100 Milliarden Euro überträgt – und so einen Schattenhaushalt errichtet, der sich nicht mehr demokratisch kontrollieren lässt. Zudem kann die Gesellschaft unkompliziert in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, die Anteile von Autobahnen an Banken und Versicherungskonzerne verkaufen kann. Für deren Profite würden dann Autofahrerinnen und Autofahrer mittels der Pkw-Maut sorgen.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt die Privatisierung der Autobahnen – ebenso wie die Pkw-Maut – ab. Sie hat im Bundestag beantragt, im Grundgesetz die Privatisierung von Autobahnen zu verbieten. Es sei zu befürchten, dass »den Privaten eine bestimmte Rendite vertraglich garantiert wird, während die wirtschaftlichen Risiken einseitig zu Lasten der öffentlichen Hand gehen«.

## Unterwegs für »Klar«

Niels Holger Schmidt

**Willst du auch die *Klar* verteilen? Dann sende einfach eine E-Mail an: versand@linksfraktion.de**

**Sonja Neuhaus (24) aus Dortmund:** Die Studentin der Erziehungswissenschaft verteilt regelmäßig *Klar*, die Zeitung der Fraktion DIE LINKE. »Nur wenn wir dauerhaft vor Ort sind und die Menschen über unsere Politik informieren, bleiben wir in den Köpfen der Leute in unseren Städten«, sagt sie.

**Die nächste »Klar« erscheint im Herbst 2017**

***Klar* bestellen und in der Nachbarschaft verteilen: Einfach eine E-Mail an versand@linksfraktion.de senden!**

DIE LINKE. IM BUNDESTAG